

Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**Regionale Zusammenarbeit Kanton/Gemeinden weiterführen**

Solothurn, 13. November 2012 – Der Regierungsrat setzt weiterhin auf die freiwillige Zusammenarbeit mit den bestehenden Körperschaften. Gemeinsam mit Gemeinden, Gemeindepräsidentenkonferenzen und den Regionalplanungsorganisationen sollen auch künftig regionale Fragestellungen angegangen werden. Das Projekt „Regionale Trägerschaften“ soll aufgrund der mehrheitlich negativen Rückmeldungen der Gemeinden abgebrochen werden.

Im Auftrag der CVP/EVP-Fraktion wurde der Regierungsrat 2007 aufgefordert, in einem Konzept aufzuzeigen, mit welchen regionalen Trägerschaften die vom Bund mitfinanzierten Agglomerationsprogramme umgesetzt werden können und welche gesetzlichen Grundlagen zur Schaffung von Trägerschaften mit Entscheidkompetenzen notwendig sind.

Der Regierungsrat plante die Umsetzung in drei Phasen. Grundsatzfrage klären; Projektvorschlag erarbeiten und Gesetzgebungsprozess einleiten. Nach der Klärung der Grundsatzfrage und der Ausarbeitung eines Projektvorschlags wurden die Gemeindebehörden an Informationsveranstaltungen detailliert über den Projektstand und das Vorgehen informiert. Sie konnten sich anschliessend mittels Fragebogen zum Projekt äussern.

Während die Rückmeldungen zur Grundsatzfrage vornehmlich positiv ausfielen,

waren die Gemeinden mehrheitlich gegen das vorgeschlagene Projekt „Regionale Trägerschaften“.

Nach einer zweiten Gemeindebefragung erachtet es der Regierungsrat als unangebracht, den Gesetzgebungsprozess anzugehen und bricht das Projekt „Regionale Trägerschaften“ ab. Der geäußerte Vorbehalt der Einführung einer vierten Staatsebene und der befürchtete Gemeindeautonomieverlust sowie geplante Gemeindefusionen sind mutmassliche Hauptgründe für die ablehnende Haltung der Gemeinden.

Der Regierungsrat bedauert die mehrheitlich negativen Rückmeldungen zum vorgeschlagenen Trägerschaftsmodell, da damit die Zusammenarbeit flächendeckend über den ganzen Kanton vereinfacht worden wäre.

Trotz des negativen Ausgangs zieht er auch ein positives Fazit. Unabhängig vom Projekt „Regionale Trägerschaften“ haben sich in den drei Agglomerationsprogrammen AareLand, Basel und Solothurn breit abgestützte Trägerschaften gebildet. Die Trägerschaften widerspiegeln die spezifischen Verhältnisse der drei Agglomerationsperimeter mit rein kantonaler, interkantonalen und trinationaler Zusammensetzung.

Der Regierungsrat will auch künftig auf die bewährten Zusammenarbeitsformen mit Gemeinden, Gemeindepräsidentenkonferenzen und Regionalplanungsorganisationen setzen.